



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Patzlet, Julius: Das "neue Österreich"

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

die vorher Wildnis war; aber das verpulverte Geld fehlt in der Staatskasse und drückt noch heute größtenteils als schwebende Schuld auf die Finanzlage. Diese Hauptstadtgründung war hauptsächlich daran Schuld, daß die Gläubiger (meist Deutsche) der Westminasbahn, ominösen Ungedenkens, jahrelang vom Staate die garantierten Zinsen nicht erhalten konnten. Jetzt können Kaffeewalorisation und Konversionskasse für ganz Brasilien zu Ursachen ähnlicher Geldvergeudung werden. Es kann noch ein Jahr oder länger dauern, ehe der Krach eintritt. Aber die wahrnehmbare Flucht der Privatkapitalien aus dem Lande läßt erkennen, daß vorsichtige Leute beizeiten ihr Vermögen in Sicherheit zu bringen suchen.



## Das „neue Österreich“

Von Julius Pagelt in Wien



Am 30. Januar endete das Mandat des alten österreichischen Abgeordnetenhauses. Das Datum wird einen tiefen Einschnitt in der Entwicklung des Donaustaates bezeichnen, denn an diesem Tage starb das Kurienparlament, um einem auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gewählten Abgeordnetenhause Platz zu machen. Wie wenig dieses neue Wahlrecht der Natur Österreichs entspricht, und mit wie bedenklichen Mitteln es durchgeführt worden ist, ist an dieser Stelle schon seinerzeit erörtert worden, und die Richtung, in der sich die Wahlbewegung entwickelt, bestätigt die Befürchtungen, die im besondern in deutschen nationalen Kreisen an die Wahlreform von Anfang an geknüpft worden sind.

Die Regierung und jene Parteiführer, die sich ihr in der Wahlreformfrage verschrieben hatten, werden allerdings nicht müde, zu erklären, daß sich aus der Asche des Kurienparlaments das „neue Österreich“ gleich einem Phönix erheben werde, aber schon der geringe Wert des „Kandidatenmaterials“, das die Wahlbewegung diesmal an die Oberfläche schleudert, läßt befürchten, daß der Wahlurne ein recht ruppiger Vogel entsteigen werde. Das ist auch ganz begreiflich. Das Kleinbürgertum, durch den Ansturm der sozialdemokratischen Arbeitermassen erschreckt, spinnt sich ängstlich in seine engsten Berufskreise ein und will sich nur für Kandidaten aus dem Handwerkerstande erwärmen, indem es sich zugleich darauf beruft, daß das neue Abgeordnetenhaus doch ein „Volksparlament“ sein solle, daß mithin der städtische Kleinbürgerstand die Pflicht habe, die neuen Männer nur aus seinem Kreise zu wählen. Was die Arbeiterchaft betrifft, so werden sich ihre Intelligenzkandidaturen auf einige Advokaten beschränken, die Bauern werden Bauern wählen, und die bürgerliche Intelligenz wird nur dort zu Worte kommen, wo sie durch demagogische Elemente repräsentiert wird, die es verstehen, den „Makel“ ihrer Bildung dadurch zu verdecken, daß sie sich den

Wählern in Hemdärmeln vorstellen. Das neue Parlament wird also ein mit Demagogen durchsetztes Interessenparlament im schlimmsten Sinne des Wortes sein, worin sich Arbeiterschaft, Bauernstand und Handwerker als unveröhnliche Interessenvertretungen gegenüberstehn werden, und wo die Intelligenz, soweit eine solche vorhanden ist, ihren Beruf nicht darin finden wird, diese Gegensätze auszugleichen, sondern sie noch zu verschärfen. Ebenso wird aber auch in politischer Beziehung die Radikalisierung nach rechts und nach links die unausbleibliche Folge der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts sein, worunter die Deutschen Österreichs am meisten leiden werden.

Von allen einsichtigen Leuten ist schon zu Anfang der Wahlreformbewegung aufs nachdrücklichste hervorgehoben worden, daß auch die wohlthätigen Wirkungen, die die aufrichtigen Freunde der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts von ihr erwarten, nur dann eintreten können, wenn dem Abgeordnetenhaus zugleich eine neue Geschäftsordnung gegeben werde, die die disziplinäre Gewalt des Präsidiums erweitere und damit von vornherein den Exzessen begegne, die schon das Kurienparlament arbeitsunfähig gemacht haben, in einem allgemeinen Wahlrechtsparlament aber in verschärftem Maße zu erwarten seien. Die Regierung hatte auch ursprünglich mit der Wahlreform die Reform der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses verbunden, sie mußte jedoch auf diese Zusammenkoppelung verzichten, weil vor allem die deutschen nationalen Parteien jeder solchen Reform, und zwar mit gutem Grunde, widerstrebten. Schon in dem Kurienparlament hatte sich, wie die Vorgänge unter dem Ministerium Badeni gezeigt haben, die Obstruktion als die einzige Waffe erwiesen, mit deren Hilfe sich die Deutschen gegen Versuche einer nationalen Vergewaltigung zu schützen vermochten. Da die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts aber die Deutschen dauernd in die Minorität im Abgeordnetenhaus drängt, mithin die Bildung einer deutschfeindlichen parlamentarischen Mehrheit wesentlich erleichtert, mußte den Deutschen die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen, der Obstruktion Tür und Tor offen lassenden Geschäftsordnung als eine geradezu unerläßliche Bedingung der Durchführung der Wahlreform erscheinen. So wurde in dem Staat der seltsamsten Widersprüche auch hier wiederum die Erhaltung eines Zustandes zur Voraussetzung der Wahlreform, dessen Beseitigung allein geeignet gewesen wäre, ihre Wirkungen wenigstens einigermaßen im Interesse des Staates zu regulieren. Allerdings heißt es, daß sich das neue Haus in der Erkenntnis der Unmöglichkeit, mit der alten Geschäftsordnung auszukommen, beeilen werde, sie zu reformieren. Ob es das allgemeine Wahlrechtsparlament damit wirklich so eilig haben wird, und ob nicht die dann im Abgeordnetenhaus eine weit einflußreichere Stellung einnehmende sozialdemokratische Fraktion alles aufbieten wird, eine solche Reform zu verhindern, bleibt abzuwarten. Für die Deutschen läge die Frage dann aber nicht anders als heute; soweit sie sich von nationalen Erwägungen leiten lassen, müßten sie mit allen Mitteln eine Maßregel zu verhindern suchen, die der slawischen Überzahl die

Möglichkeit bieten würde, die Deutschen formell zu erdroffeln, aber da die deutschen Fraktionen in diesem Punkte durchaus nicht vollständig übereinstimmen, würde der Versuch, im neuen Hause eine neue, gegen die Möglichkeit der Obstruktion gerichtete Geschäftsordnung zu beschließen, die Kluft nur noch vertiefen, die sich im deutschen Lager schon wieder zu öffnen beginnt.

Die Beseitigung der Schranken, die das Kurien- oder Klassenwahlssystem bisher der Sozialdemokratie entgegengesetzt hat, hätte den deutschen Parteien und ihren Führern vernünftigerweise den Gedanken nahelegen müssen, alle deutsch-bürgerlichen Parteien zu einer taktischen Einheit zusammenzufassen, was bei der außerordentlichen Vermehrung der slawischen Abgeordnetenmandate durch die Wahlreform auch vom deutschnationalen Standpunkt aus betrachtet außerordentlich wünschenswert wäre. Auf tschechischer Seite wird der Gedanke der nationalen Einigung von den tschechischen Ministern auch auf das wärmste vertreten, auf deutscher Seite arbeitet man jedoch mit einem einer bessern Sache würdigen Eifer an der Wiederaufreißung der Kluft, die durch drei Jahrzehnte lang die Deutschen Österreichs in zwei feindliche Lager gespalten und sich erst in den letzten Jahren bis zu einem gewissen Grade geschlossen hatte. Die Dinge liegen in dieser Beziehung heute in Österreich ähnlich wie im Deutschen Reich. Die demokratische Flutwelle, die sich vom Osten her über Europa ergossen hat, hat bei den Deutschen in Österreich das nationale Empfinden wesentlich geschwächt, und so mußte der demokratische Zug der Wahlreform bei Freisinnigen und Klerikalen den Wunsch nach einer Parteiherrschaft verstärken. In dem gegenwärtigen österreichischen Kabinett sitzen drei deutsche Parteiminister, von denen der eine der Fortschrittspartei, die beiden andern der nationalliberalen deutschen Volkspartei angehören. Schon vor Monaten tauchte nun in der liberalen Presse der Plan auf, sämtliche liberalen deutschen Fraktionen zu einem „deutschfreiheitlichen Block“ zusammenzufassen. Da nun die deutsche Volkspartei bei den bevorstehenden Wahlen bedeutende Verluste erleiden wird, von der Fortschrittspartei ganz zu schweigen, beide Parteien also nach den Wahlen nicht mehr imstande wären, drei Minister zu tragen, ist es menschlich ganz erklärlich, daß bei den gegenwärtigen deutschen Parteiministern der Gedanke, einen „deutschfreiheitlichen Block“ zu schaffen, auf fruchtbaren Boden fiel, da eine Vereinigung der deutschen Volkspartei, der Reste der Fortschrittler, der freialldeutschen und der liberalen Agrarier ihnen die Möglichkeit bieten könnte, auch nach den Neuwahlen als Vertrauensmänner einer großen parlamentarischen Gruppe im Amte zu bleiben. Ebenso kurzsichtig und das allgemeine nationale Interesse ganz außer acht lassend, rechnet man aber auch auf der Gegenseite.

Dort hatte die christlichsoziale Partei die Wahlreform aufs eifrigste gefördert, und zwar zielte die von dieser Seite aus befolgte Politik von vornherein auf die Bildung einer starken Zentrumspartei. Der Herkunft und dem Programm der Partei entsprach diese Politik allerdings nicht. Bis auf die christlichen Arbeiterorganisationen widerstrebte sowohl die gesamte christlichsoziale

Wählerschaft in Wien und auf dem Lande wie auch die erdrückende Mehrheit der Abgeordneten der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts; man wollte sich jedoch der von der Regierung ausgegebenen und auf die Arbeitermassen wirkenden Parole nicht offen entgegenstellen und tröstete sich damit, daß es der Regierung nicht gelingen werde, die Wahlreformvorlage im Abgeordnetenhaus durchzubringen. Nur eine sehr kleine Minorität der Partei, durchweg fortgeschritten demokratische, auf dem äußersten rechten Flügel stehende Elemente arbeiteten bewußt auf die Gesehwerdung der Wahlreform in der Hoffnung hin, daß mit ihrer Hilfe die Klerikalen in Tirol und in Steiermark vernichtet werden und so der Rest der Klerikalen Partei werde gezwungen werden, sich den Christlichsozialen anzuschließen, wodurch zwar der Charakter dieser Partei vollständig verändert, sie aber auf etwa hundert Mandate gebracht, also zu einem Zentrum ausgestaltet werden würde, das einen berechtigten Anspruch auf eine entsprechende Vertretung im Kabinett haben würde. Es ist notwendig, zu betonen, daß der Führer der christlichsozialen Partei, der Wiener Bürgermeister Dr. Lueger, ein entschiedener Gegner dieser Kombination ist, aber infolge des schweren Leidens, das seine Kraft zu früh geschwächt hat, ist die eigentliche Führung der Partei schon längst seinen Händen entglitten, und so wird er auch nicht imstande sein, die drohende Fusion der christlichsozialen mit den Resten der Klerikalen Partei aufzuhalten, zumal da der Zuzug, den die Partei bei den Neuwahlen aus der Provinz, hauptsächlich aus Tirol, erhalten wird, sich hauptsächlich nur durch seine radikaldemokratische Färbung von den von ihm bekämpften Klerikalen unterscheidet.

In einer Zeit, die gebieterisch die Zusammenfassung aller deutschen Parteien in Österreich zu einer nationalen Einheit wider die Slaven und die Sozialdemokratie fordert, bereitet sich also unter ihnen wiederum eine scharfe Spaltung vor. Kurzsichtiger Parteigeist droht wieder Verhältnisse zu schaffen, wie sie in den siebziger und den achtziger Jahren bestanden, wo sich freisinnige und klerikale Deutsche, in unveröhnlicher Feindschaft einander gegenüberstehend, von den Slaven und der Börse gegeneinander ausspielen ließen, und das Deutschtum dadurch uneinbringliche Verluste in wirtschaftlicher und politischer Beziehung erlitten hat. Nur liegen die Dinge heute schlimmer als damals. Heute sind die Deutschen durch die Wahlreform im Parlament ohnehin schon numerisch geschwächt und dem zerstörenden Einflusse der sozialdemokratischen Propaganda weit mehr als damals ausgesetzt, die natürlich den deutschen Besitzstand um so mehr abbröckeln wird, als die Leistungsfähigkeit des neuen Abgeordnetenhauses noch weniger als die des alten imstande sein wird, die wirtschaftliche Lage der Massen zu heben. Die größte Gefahr aber liegt wohl darin, daß die eine oder die andre der beiden einander feindlich gegenüberstehenden deutschen Gruppen sich durch das Bestreben, mit nichtdeutschen Parteien eine leistungsfähige parlamentarische Mehrheit und somit auch ein parlamentarisches Ministerium zu bilden, dazu verleiten lassen könnte, die Hand zu einer Verschärfung der Ge-

schäftsordnung zu bieten, die wohl das neue Abgeordnetenhaus von dem Übel der Obstruktion befreien, zugleich aber auch das Deutschtum in Österreich der gesetzgeberischen Willkür der nichtdeutschen Mehrheit ausliefern würde. Auf der liberalen Seite der Deutschen gibt sich ja schon die Neigung kund, im neuen Hause mit den Jungtschechen und den Polen zu paktieren, während man auf der andern Seite der Deutschen mit dem Plane einer Koalition mit den Südslawen umgeht. In dem einen wie in dem andern Falle werden sich die Deutschen die Möglichkeit, an der Regierung teilzunehmen, ebenso wie es unter dem Ministerium Taaffe und später unter der liberal-polnischen Koalition der Fall gewesen ist, nur durch wesentliche Zugeständnisse auf Kosten des gesamtdeutschen Interesses erkaufen können, denn die Slawen werden sich mit der deutschen Gruppe verbinden, die ihnen am meisten gibt.

Das „neue Österreich“, das die Minister und die demokratischen Parteiführer besonders den Deutschen in so verführerischen Farben zu schildern gewußt haben, wird also, soweit die Interessen des Deutschtums in Betracht kommen, nichts andres sein als eine verschlechterte Ausgabe des alten Österreich, denn das allgemeine gleiche Wahlrecht hat nicht den Gedanken der nationalen Einheit und das nationale Empfinden gestärkt, sondern nur den Machthunger politischer Parteiführer gereizt und damit den im Deutschtum noch nicht überwundenen liberal-klerikalen Gegensatz in aller Schärfe wieder aufleben lassen. Wohl hat sich die eigentliche deutsche Intelligenz in Österreich von diesen Begriffen und den sie einschließenden politischen Vorstellungen schon emanzipiert, aber in dem Parlamente des allgemeinen gleichen Wahlrechts ist für sie kein Platz, weil ihn in diesem, der Entwicklung des hohlststen Radikalismus schon an sich so günstigen Staatswesen das politische Bananensium in seiner ganzen Breite einnehmen wird.



## Nettelbeck und Lucadou

Eine Erinnerung an die ruhmvolle Verteidigung Kolbergs in den Jahren  
1806 und 1807 zur ausgleichenden Gerechtigkeit

Von Rudolf Stoewer in Danzig

2



ettelbeck hat sein Vermögen, seine Person für die Verteidigung seiner Vaterstadt eingesetzt; er half, wo er konnte, und das war bei seinen Erfahrungen nicht wenig, durch die Tat und noch mehr durch sein Beispiel. Diese Hilfe trat allerdings erfolgreich besonders erst unter dem neuen Kommandanten Gneisenau hervor, dem sich der Alte von Anfang an freiwillig unterordnete als einem überlegenen Geist und nicht wenig auch deshalb, weil er Gneisenaus Berufung zum Teil